



## 7. Volksinitiative "Keine Zivilaviatik in Dübendorf" / Genehmigung GR Geschäft Nr. 194/2017

### Referat GRPK-Sprecher Hanspeter Schmid

„Als Vertreter der GRPK darf ich Ihnen das Geschäft «Volksinitiative, Keine Zivilaviatik in Dübendorf» vorstellen. Für die vollständige und aufschlussreiche Beantwortung der Fragen und die gemeinsame Sitzung bedanken wir uns beim Stadtrat herzlich. Dieses Geschäft wurde zeitgleich, von derselben UK mit dem vorangehenden Geschäft «Historischer Flugplatz mit Werkflügen» (HFW) behandelt. Der Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat ist verständlich strukturiert und formuliert. Die aufliegenden Akten sind komplett. Am 5. Februar 2016 reichten die Initianten dem Stadtrat die Volksinitiative «Keine Zivilaviatik in Dübendorf» ein. Mit Beschluss vom 18. August 2016 erklärte der Stadtrat die Initiative als gültig.

Die Initiative fordert:

Die Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf wird wie folgt ergänzt:

*«Art. 1b (neu) Keine Zivilaviatik*

*<sup>1</sup> Die Gemeinde setzt sich aktiv mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und auf allen Ebenen gegen einen zivil genutzten Flugplatz auf dem Gemeindegebiet Dübendorf ein.*

*<sup>2</sup> Ausgenommen bleiben per 01.01.2015 bestehende fliegerische Nutzungen, namentlich der Rega und Ju-Air.»*

Der Stadtrat unterstützt grundsätzlich das Anliegen der Initianten. Hinsichtlich des Konzepts «Historischer Flugplatz mit Werkflügen» HFW entschied sich der Stadtrat einen Gegenvorschlag zu unterbreiten. Der Gegenvorschlag lautet:

*«Art. 1b (neu) Beschränkung der Aviatik*

*<sup>1</sup> Die Gemeinde setzt sich aktiv für die nachhaltige Entwicklung des Flugplatzes Dübendorf ein, um auf dem Gemeindegebiet Dübendorf den Flugbetrieb auch langfristig auf einem für die Bevölkerung verträglichen Mass zu stabilisieren.*

*<sup>2</sup> Erweist sich die verträgliche Entwicklung des Flugplatzes Dübendorf als nicht umsetzbar, setzt sich die Gemeinde aktiv mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und auf allen Ebenen gegen einen zivil genutzten Flugplatz auf dem Gemeindegebiet Dübendorf ein.*

*<sup>3</sup> Ausgenommen bleiben per 01.01.2015 bestehende fliegerische Nutzungen, namentlich der Rega und Ju-Air.»*

Der Gegenvorschlag des Stadtrats berücksichtigt das Konzept HFW. Zusätzlich beinhaltet der Gegenvorschlag jedoch eine «Rückfallklausel» auf die Initiative, sollte das Konzept HFW nicht zustande kommen. Wichtig zu wissen ist vor allem folgendes:

- Die eingereichte Initiative widerspricht dem Konzept HFW
- Der Gegenvorschlag ist mit dem Konzept HFW kompatibel
- Wird der Gegenvorschlag im Gemeinderat eine Mehrheit finden und ziehen die Initianten aufgrund dessen ihre Initiative zurück, wird nur der Gegenvorschlag vors Volk kommen.
- Sollte der Gegenvorschlag im Gemeinderat abgelehnt werden, so kommt nur die Initiative (sofern diese aufrechterhalten wird) vors Volk
- Bei einem JA zum Gegenvorschlag würde der Ausbau oder die Aufhebung der aviatischen Nutzung auf dem Flugplatz zwingend eine Änderung der Gemeindeordnung nach sich ziehen

### *Fazit*

Für die GRPK-Minderheit sind sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag abzulehnen. Ein politischer Grundsatz ist aus Sicht der Minderheit nicht in die Gemeindeordnung zu schreiben, da die Gemeindeordnung hauptsächlich die organisatorischen Belange einer Gemeinde regeln soll. Für die GRPK-Mehrheit ist vor allem wichtig, dass man bedenken soll, wenn sowohl die Initiative wie auch der Historische Flugplatz mit Werkflügen angenommen würden, ein Widerspruch entsteht, den es unbedingt zu vermeiden gilt. Falls der Gegenvorschlag angenommen wird, kann davon ausgegangen werden, dass das Initiativkomitee ihre Initiative zurückziehen wird. Die GRPK ist mehrheitlich der



Meinung und gibt die Empfehlung ab, dass sowohl der Initiative, wie auch dem Gegenvorschlag zuzustimmen sei.“

## Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

## Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Ich danke dem Sprecher der GRPK für die Ausführungen und Erklärungen zu diesem Geschäft. Dazu möchte ich noch zwei Erläuterungen anbringen. Wir haben die Volksinitiative und den Gegenvorschlag und beides richtet sich gegen diese Auslagerung von Kloten mit dem Ziel, eine vierte Piste in Dübendorf einzurichten. Somit hat im Prinzip beides das gleiche Ziel. Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag lassen zu, dass nach wie vor bestehende fliegerische Nutzungen etabliert werden können. Beides ist somit prinzipiell miteinander kompatibel. Aber, der GRPK-Sprecher erwähnte es auch, was nicht miteinander kompatibel ist, ist das vorhergehende Geschäft „Historischer Flugplatz mit Werkflügen“ wenn der Gegenvorschlag nicht angenommen wird. Wenn es eine Annahme für die Anpassung der Gemeindeordnung gibt, dann ist klar, dass daraus ein Auftrag an die Behörden resultieren wird, sich bei öffentlichen Diskussionen bzw. bei anderen Behörden entsprechend einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Bei einer Ablehnung wird dies entsprechend nicht in die Gemeindeordnung aufgenommen. Man kann nun natürlich darüber diskutieren, ob ein solcher Auftrag überhaupt in eine Gemeindeordnung hineinkommen soll. Aber dies ist heute ja nicht die Diskussion, denn die Volksinitiative wurde immerhin eingereicht und ist gültig. Ganz wichtig ist, dass man den Flugplatz damit nicht aufheben kann. Sondern der Stadtrat und der Gemeinderat hätten den Auftrag, sich beim Bund für die Ziele einzusetzen, den Bestand weiterhin zu garantieren. Das heisst, die Initiative geht davon aus, dass der bestehende Flugbetrieb aufrechterhalten wird. Erwähnt wird insbesondere die Rega etc. also geht es um den Bestand, welcher sowieso garantiert wäre. Der Stadtrat oder auch der Gemeinderat hätte damit nicht die Kompetenz, den Flugplatz damit aufheben zu können. In diesem Sinne ist es nicht so, dass wir so viele Möglichkeiten haben, wie teilweise gesagt wird. Selbstverständlich geht es nicht, den Flugplatz aufzuheben, weder mit der Volksinitiative, noch mit dem Gegenvorschlag.“

## Allgemeine Diskussion

### *Thomas Maier (glp/GEU)*

„Gerne sage ich als Erstunterzeichner auch nach der Abstimmung zum Konzept der drei Gemeinden auch noch etwas zu unserer Volksinitiative „Keine Zivilaviatik in Dübendorf“ und dem entsprechenden Gegenvorschlag des Stadtrates. Das Ziel unserer Volksinitiative ist, die Zivilaviatik in Dübendorf langfristig zu verhindern. Da dieses Ziel nur mit einem Einsatz der Gemeinde auf vielen verschiedenen politischen und juristischen Ebenen möglich ist, wollen wir via Gemeindeordnung sicherstellen, dass heute und in Zukunft per Volksabstimmung festgeschrieben wird, dass sich Dübendorf aktiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und auf allen Ebenen gegen einen zivil genutzten Flugplatz auf dem Gemeindegebiet Dübendorf einsetzt. Mit einer zivilaviatischen Nutzung würde das ganze Glattal und insbesondere Dübendorf, das heute bereits stark mit Lärm durch intensiven Strassen- und Flugverkehr belastet ist, weiteren Immissionen durch zusätzlichen Fluglärm ausgesetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass damit viele zivile Flugbewegungen gerade an empfindlichen Randzeiten morgens, abends und am Wochenende stattfinden würden. Die Bevölkerung würde somit ausgerechnet in den wertvollen Ruhezeiten am stärksten durch Fluglärm gestört. Mit einem Flugplatz würde ein Zugang zu den als Erholungs- und Naturraum gedachten Freiflächen blockiert und der wertvolle Naturraum würde mit neuen Gebäuden und Infrastrukturanlagen überbaut und dauerhaft abgewertet. Wir wollen also



keine Gefährdung von Wohn- und Lebensqualität sowie Erhalt der Entwicklungsmöglichkeiten in Dübendorf. In den letzten Jahren und Jahrzehnten haben viele Private und Firmen in Dübendorf Millionenbeträge in die Sanierung von Wohnhäusern und in die dringend notwendige Aufwertung unserer Quartiere investiert, beispielsweise rund um die Schulhäuser Stägenbuck und Flugfeld. Dies geschah und geschieht zum Vorteil unserer Stadt sowie dem örtlichen Gewerbe und im Wissen darum, dass der Militärflugplatz Dübendorf einzig noch von Helikoptern befliegen wird. Eine neue zivilaviatische Nutzung würde diese positive Entwicklung brüsk beenden und nicht nur unsere Lebensqualität massiv reduzieren, sondern auch unsere Stadt in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen und geschaffene Werte privater Investoren gefährden. Wichtig ist uns festzuhalten, dass die heute bestehenden Nutzungen wie Rega, Ju-Air und Helikopterbasis der Armee mit der Initiative in keiner Art und Weise in Frage gestellt werden. Sie sollen weiterhin auf dem Areal Platz haben. Die zivile Aviatik bleibt aber dort, wo sie bereits heute ist und auch hingehört: nach Kloten. Wir danken dem Stadtrat, dass er unsere Volksinitiative so wohlwollend geprüft und unterstützt hat. Am Ende verfolgen wir ja das gleiche Ziel. Auch ist uns klar, dass uns mittlerweile die politische Realität, ich habe das im Votum vorher schon gesagt, eingeholt hat und wir diese nicht ignorieren können. Konkret bedeutet dies, dass wir auch den Gegenvorschlag des Stadtrates unterstützen. Er geht zwar weniger weit als unsere Volksinitiative, aber der Gegenvorschlag ermöglicht das Konzept der Gemeinden umsetzen zu können und enthält aber ebenfalls den Kern unserer Forderung, die eigentliche Zivilaviatik von Dübendorf fern zu halten. Heute, morgen und in ferner Zukunft. Dies in der Gemeindeordnung festzuschreiben, auch für zukünftige politische Akteure, ist uns weiterhin absolut zentral. Denn die Gemeindeordnung regelt die Geschicke einer Gemeinde - der Flugplatz war und ist für Dübendorf immer sehr präsent und prägend. Deshalb ist die Verankerung in unserer Gemeindeverfassung der einzige nachhaltige Wert, den wir heute den zukünftigen Exekutiven unserer Stadt mit auf den Weg geben können. Im diesem Sinne bitte ich Sie, heute Abend, sowohl der Volksinitiative wie auch dem Gegenvorschlag des Stadtrates zuzustimmen. Gerne stelle ich in Aussicht, dass die Initianten, sollte der Gegenvorschlag heute Abend durchkommen, in ernsthafte Erwägung ziehen, ihre Volksinitiative zurückzuziehen. Natürlich ist ein Entscheid dazu erst im Nachgang zur Abstimmung möglich.“

### *Patrick Walder (SVP)*

„Nach der Zustimmung des Gemeinderats zum letzten Traktandum gehe ich davon aus, dass die Initianten die Initiative zurückziehen werden. Aus diesem Grund äussere ich mich nur zum Gegenvorschlag. Für mich ist absolut unverständlich weshalb der Stadtrat einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative vorbringt. Mit dem Konzept HFW, welches wir im letzten Traktandum behandelt haben, hat der Stadtrat bereits einen Gegenvorschlag vorgebracht, welcher dem Souverän zur Beurteilung vorgelegt wird. Der jetzt zu behandelnde direkte Gegenvorschlag wird bei Annahme in der Gemeindeordnung verankert. Die Gemeindeordnung ist der Verfassung der Gemeinde gleichzustellen. Daher sollen in der Gemeindeordnung ausschliesslich für die Gemeinde relevante organisatorische Grundsätze niedergeschrieben werden. Mit diesem Grundsatz bricht nun der Stadtrat, indem er ein politisches Ziel aufnehmen möchte. Mit der unnötigen Formulierung des Stadtrats soll in der Gemeindeordnung in Art. 1 der Grundsatz verankert werden, dass sofern das Konzept HFW scheitert, keine Zivilaviatik in Dübendorf möglich sein soll. Die Krux an der ganzen Geschichte ist, dass der Stadtrat in der Weisung zum Konzept HFW selber schreibt, dass er, sollte das Konzept HFW vor dem Volk oder dem Bundesrat abgelehnt werden, keine weiteren Einflussmöglichkeiten mehr hat. Ich zitiere Ihnen aus der Weisung des Geschäfts HFW Seite 10, wo es darum geht, was für Möglichkeiten der Stadtrat bei der Ablehnung des Konzept HFW durch den Bundesrat noch hat: „Für die öffentliche Hand würde in diesem Fall aber dann auch keinerlei Spielraum und Möglichkeiten mehr bestehen, gegen die Business-Aviatik, resp. die zunehmende Lärmbelastung und Sicherheitsrisiko vorzugehen.“ Kann mir nun der Stadtrat erklären, weshalb trotzdem die Gemeindeordnung mit einem absoluten Fremdkörper in Form des direkten Gegenvorschlags verunstaltet werden soll. Um dies noch zu verdeutlichen, mache ich Ihnen ein Beispiel. Man könnte in Dübendorf in die Gemeindeordnung schreiben: „Die Gemeinde setzt sich aktiv mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen jegliche ausserpolitischen Aktivitäten der Schweizer Bundesräte ein.“ Mit diesem Zusatz in der Gemeindeord-



nung wäre Dübendorf ein prominenter Platz in jedem Satire-Programm gesichert. Jedes Kind versteht, dass sich Dübendorf nur mit den vorgegebenen demokratischen Mitteln gegen Aufgaben des Bundes wehren kann. Daran würde auch ein entsprechender Zusatz in der Gemeindeordnung nichts ändern. Für mich folgt nun die entscheidende Frage - Was ist der Unterschied zwischen dem oben aufgeführten Beispiel und dem Gegenvorschlag des Stadtrats, insbesondere wenn der Stadtrat selber schreibt, dass er keine weiteren Möglichkeiten zur Einflussnahme hat. Beim Konzept HFW könnte man dem Stadtrat noch attestieren: „Gute Absicht, schlechtes Konzept“. Beim Gegenvorschlag verbietet es die Höflichkeit eine Beurteilung über die Arbeit des Stadtrats vorzunehmen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Sie haben beim letzten Traktandum das Konzept HFW verabschiedet und somit einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative. Helfen Sie nun mit, dass die Gemeindeordnung von Dübendorf nicht mit einem unnützen und kraftlosen Zusatz verschandelt wird. Lehnen Sie sowohl den Gegenvorschlag wie auch die Initiative ab.“

### *Flavia Sutter (SP/Grüne)*

„Es gibt diverse Szenarien, wie der Flugplatz Dübendorf einst aussehen könnte. Mein Lieblingsszenario ist dieses hier (*zeigt Folie*). Auf einem möglichst kleinen Teil der Fläche steht der Innovationspark, der Rest der Fläche wird renaturiert und in einen Naturpark umgestaltet. Ein Teil ist nicht begehbar und soll Rückzugsgebiet für die Tierwelt sein. Ein Teil ist Naherholungsgebiet für die Bewohner des Glattals, willkommene grüne Oase in einem immer städtischer werdenden Gebiet. Im Moment sieht es leider nicht so aus, als ob dieser Traum einst in Erfüllung gehen könnte. Wir sprechen heute über die Verhinderung einer zivil-aviatischen Nutzung des Flugplatzes. Die Fraktion SP/Grüne unterstützt die Initiative, da wir der Meinung sind, Innovationspark und Business-Flugplatz wäre das Worst-Case-Szenario: Mehr Verkehr, versiegelter Boden durch den Innovationspark und zusätzlich durch die noch zu bauenden Flughafen-Gebäude, mehr Gestank, mehr Lärm, Fluglärm auch am Abend und am Wochenende und so weiter. Für die Anwohner schlicht nicht zumutbar. Zudem ziehen wenige Personen Nutzen aus dem Flugplatz, aber sehr viele bekommen die genannten negativen Auswirkungen zu spüren. Was wir bisher in den Diskussionen rund um die Nutzung des Flugplatzes vermissen, ist das Thema Raum für die Natur. In unserer dicht bebauten Region ist es enorm wichtig, dass der Natur Platz gelassen wird. Ziel muss sein, Lösungen zu finden, die für die Wirtschaft und die Natur ein Gewinn sind. Das eine soll das andere nicht ausschliessen, so wie die Vorschläge der SWO es aufzeigen. Innovationspark ja, aber auf eine möglichst kleine Fläche begrenzt, Flugplatz nein, dafür viel Platz für die Natur. Uster hat, wie meine Kolleginnen und Kollegen am Nachmittag des Gemeinderatsausfluges mit Neid festgestellt haben, das Zellweger-Areal, den Stadtpark und dazu noch die Grünflächen am See. Auch die Stadt Zürich hat mit dem Irchelpark eine grosse grüne Erholungszone zu bieten. Wie toll wäre das, wenn Dübendorf einen Naturpark hätte! Das wäre ein Riesengewinn für die ganze Region. Im Gegenvorschlag des Stadtrates geht es nun darum, die Übernahme des Flugplatz-Betriebs durch die Standortgemeinden zu ermöglichen. Unsere Fraktion hat der Mitfinanzierung vorher mehrheitlich zugestimmt, weshalb wir auch dem Gegenvorschlag zustimmen. Ich persönlich bin zwar nicht daran interessiert, dass unsere Gemeinde Flugplatzbetreiberin wird, aber ich möchte noch weniger, dass eine gewinnorientierte Firma den Flugplatz betreibt und wir gar nicht mitbestimmen können. So beissen wir halt in den sauren Apfel, der Flugplatz bleibt bestehen, aber wenigstens bestimmen wir mit, wie er betrieben wird. Die Natur hat das Nachsehen und damit auch der Mensch. Ich werde mich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass auf dem Flugplatz-Gelände die Natur ihren Platz kriegt und ich bin sicher, dass ich nicht die einzige bin, die Interesse daran hat.“

### *Patrick Schärli (CVP)*

„Mit der Erhaltung des Status-Quo und somit dem Verbleib der Zivlaviatik auf dem Flughafen Kloten deckt sich die Haltung der CVP mit derer des Stadtrates. Wünsche, dass in Dübendorf zukünftig gar nicht mehr geflogen werden soll, sind auch bei uns geträumt worden. Aber dies ist keine Option mehr, schon gar nicht seit auch der Kanton Zürich diesbezüglich eine Kehrtwende gemacht hat. Die Haltung unserer aktuellen Stadtregierung bezüglich Zivlaviatik ist allen bekannt und äussert sich auch im Konzept «Historischer Flugplatz mit Werkflügen». Was ist aber nach den Neuwahlen im Frühjahr



2018? Wir kennen die neue Zusammensetzung der Exekutive noch nicht und deren Haltung gegenüber der Zivilaviatik schon gar nicht. Und was ist nach den Wahlen 2022? Daher ist die CVP der Meinung, dass die heutige ablehnende Position und Haltung gegenüber der Zivilfliegerei allen zukünftigen Exekutiven auf die Fahne geschrieben werden muss. Eine Verankerung in der Gemeindeordnung ist daher ein adäquates Mittel. Weder der Gemeinderat noch die Stimmbewohner können auf die Legislaturziele des Stadtrates Einfluss nehmen. Darum ist die Verankerung in unserer Verfassung das richtige Mittel. Das Thema Flugplatz ist für unsere Stadt und unsere Region zu wichtig, um es aussen vor zu lassen. Mit dem Festschreiben dieses Grundsatzes erteilen wir unserem Stadtrat einen klaren Auftrag. Er kann - ja muss - unsere Position auf allen Ebenen und gegen jeglichen Gegenwind vertreten. Die Initiative richtet sich nicht gegen die verbliebene Nutzung des Flugplatzes Dübendorf, sondern gegen eine zusätzliche zivilaviatische Nutzung und gegen die zusätzliche Lärmbelastung der Bevölkerung. Sie verpflichtet den Stadtrat verbindlich, sich gegen eine solche Mehrbelastung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und auf allen Ebenen einzusetzen. Darum werden wir von der CVP-Fraktion die Volksinitiative mehrheitlich und den Gegenvorschlag vom Stadtrat vollumfänglich unterstützen.“

*Orlando Wyss (SVP)*

„Ich weiss nicht, ob dies nur mir auffällt, wie widersprüchlich Ihre Argumentation ist. Im Initiativkomitee sind 12 aktive Gemeinderäte dabei. Der einzige, der konsequent ist, ist Bruno Fenner, denn er sagte vorher Nein zum Konzept „Historischer Flugplatz mit Werkflügen“. Wie können Sie den Werkflugplatz unterstützen und dabei keine Zivilaviatik wollen? Wie glaubwürdig ist dies Ihrer Meinung nach gegenüber dem Stimmvolk? Da merkt man doch irgendwo, ich kann es nicht anders sagen, dass es hier im Gemeinderat „Quadratplauderis“ hat. Wenn alle, die zugestimmt haben, nun für den Rückzug dieser Volksinitiative wären – denn diese passt nicht zusammen mit dem Konzept „Historischer Flugplatz mit Werkflügen“ – dann wäre es irgendwo aufgegangen. Aber was Sie hier machen, ist etwas völlig Unglaubwürdiges und so verhunzt man die Politik. Das muss ich Ihnen jetzt sagen. Das ist eine Verhöhnung des Stimmbürgers. Und ich kann es nicht nachvollziehen, dass es Personen gibt, die dem letzten Geschäft zugestimmt haben, jetzt aber trotzdem diese Volksinitiative unterstützen. Das geht mir zu weit, das kann ich nicht nachvollziehen und die Konsequenzen daraus müssen Sie sich selbst überlegen.“

### **Abstimmung „Keine Zivilaviatik in Dübendorf“**

Die Volksinitiative „Keine Zivilaviatik in Dübendorf“ wird mit 18 zu 16 Stimmen genehmigt.

### **Abstimmung Gegenvorschlag des Stadtrates**

Der Gegenvorschlag des Stadtrates wird mit 20 zu 14 Stimmen genehmigt.

### **Beschluss**

1. Die Volksinitiative „Keine Zivilaviatik in Dübendorf“ wird genehmigt.
2. Der Gegenvorschlag des Stadtrates wird genehmigt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Die Richtigkeit bescheinigt



Beatrix Pelican  
Gemeinderatssekretärin